



Erstveröffentlichung

1. Einleitung

in Kooperation mit dem *Institute for Strengthening Democracy in BiH* / Präsentation beim 7. Internationalen Seminar *Democracy and Human Rights in Multiethnic Societies*.

1 Einen Kurzüberblick zu Entwicklung und Stand der Nachkriegssituation in BiH bietet Schneckener, Ulrich: Bosnien-Herzegowina. Der aufgezogene Frieden. In: Ferdowsi, Mir A./Matthies, Volker (Hg.): Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften. Bonn: Dietz 2003, pp. 42-69.

2 Der Begriff des »State-Buildings« ist in vielerlei Hinsicht problematisch und entbehrt analytischer Schärfe. Gerade im englischen Sprachgebrauch wird er häufig mit »Nationbuilding« und »Peacebuilding« gleichgesetzt und für die Beschreibung eines weiten Spektrums an Phänomenen der IB benutzt, das von normativer Zielformulierung über autoritäre Entwicklungsprojekte von Eliten der Dritten Welt bis zu militärischer Intervention wie jüngst im Falle des Iraks reicht. In diesem Artikel sind unter dem Begriff »externes State-Building« alle Aktivitäten internationaler Akteure in der bosnischen Nachkriegsgesellschaft gemeint. Der Staat wurde deswegen in den Begriff aufgenommen, weil es das Ziel der internationalen Gemeinschaft ist, beim Rückzug aus BiH einen sich selbst erhaltenden, stabilen Staat aufgebaut zu haben. Auch der generalisierend verwendete Begriff der »internationalen Gemeinschaft« stellt eine Vereinfachung der komplexen Wirklichkeit der Intervention dar, kann aber hier aus Gründen des Umfangs nicht weiter differenziert werden.

3 Nach den vorläufigen Ergebnissen der Lokalwahlen in BiH im Oktober 2004 werden 99 von den 122 bosnischen Gemeinden, also etwa 80%, auch weiterhin von Vertretern einer der nationalistischen Parteien der Muslime, Serben oder Kroaten regiert werden. In: Radio Free Europe /Radio Liberty Balkan Report 37/8, <http://www.ferl.org/reports/balkan-report/>.

4 Hierzu gehört unter anderem auch die historische Perspektive auf Staatsbildungs- und Vergesellschaftungsprozesse in den jeweiligen Regionen. Für die Regionen der sog.

Die Fortschritte der internationalen Gemeinschaft in Richtung des Ziels, durch externe Eingriffe die Transition Bosnien und Herzegowinas (BiH) zu Demokratie und Marktwirtschaft zu erwirken, sind trotz aller Teilerfolge geringer als erhofft. Auch neun Jahre nach dem Abkommen von Dayton, das 1995 den bosnischen Krieg beendete, bleiben drängende Probleme weiterhin ungelöst oder haben Fortschritte in Kernbereichen des Abkommens und der internationalen Agenda für BiH – wie die Rückkehr Vertriebener oder die Privatisierung von Staatsbetrieben – viel langsamer stattgefunden als erwartet und/oder nicht intendierte Ergebnisse gezeitigt.¹ Ein prominentes Erklärungsmuster für die Rückschläge und Verzögerungen im State-Building-Projekt² ist die Identifizierung nationalistischer politischer und wirtschaftlicher Eliten, ihrer staatschwächenden parallelen Machtstrukturen und schattenwirtschaftlichen Praktiken ökonomischer Reproduktion als eines der Haupthindernisse für die Implementierung nachhaltiger Staats- und Marktstrukturen nach (neo-)liberalem Muster. Hintergrund dieser Einschätzung ist die Tatsache, dass die ehemaligen Kriegsparteien der bosnischen Kroaten, *Hrvatska Demokratska Zajednica* (HDZ), der bosnischen Serben, *Srpska Demokratska Stranka* (SDS), sowie der bosnischen Muslime bzw. Bosniaken, *Stranka Demokratske Akcije* (SDA), auch in der Nachkriegszeit bestimmende Akteure im politischen und wirtschaftlichen Geschehen der einstigen jugoslawischen Teilrepublik geblieben sind. Versuche der internationalen Akteure, die Dominanz dieser Eliten z.B. anhand von Modifikationen der institutionellen Machtarrangements und der Wahlbestimmungen oder anhand der Amtsenthebung nationalistischer Politiker durch den Hohen Repräsentanten zu durchbrechen, haben weder zu den gewünschten »zivilen« Wahlergebnissen geführt noch grundlegende Probleme der Zielumsetzung beseitigt.³ Welche komplexen strukturellen Gründe hinter diesen Entwicklungen in der bosnischen und anderen Nachkriegsgesellschaften verborgen liegen, ist dabei sowohl von den Akteuren der politischen Praxis als auch von akademischer Seite weitgehend unhinterfragt geblieben.

Dieser Artikel stellt einige Aspekte eines theoretischen Rahmens zur Untersuchung externer Eingriffe in Nachkriegsgesellschaften vor, dessen Ziel es ist, die Analyse der Auswirkungen internationalen State-Buildings in ein umfassenderes Verständnis von Staat und Gesellschaft einzubetten, als dies bei der Mehrzahl der derzeitigen gegenwarts- und *issue*-bezogenen Untersuchungen der Fall ist. Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass eine sinnvolle Analyse und Bewertung von State-Building-Projekten in hohem Maße von einem tiefer gehenden Verständnis der hybriden Gesellschaftsformationen und ihren Funktionsweisen in den betroffenen Staaten oder Regionen abhängt.⁴ Die Hypothese des Projekts lautet, dass falsche Interpretationen der Staats- und Gesellschaftsstrukturen in den Ländern der sog. Zweiten und Dritten Welt oder ihre völlige Ignorierung die intendierte staatsaufbauende oder -stärkende Absicht internationaler Eingriffe konterkarieren. Die symptom- und akteursorientierten Strategien der internationalen Akteure haben teilweise diejenigen sozialen Formationen gestärkt, die der (Re-)Institutionalisierung und Konsolidierung staatlicher Strukturen, die einen nachhaltigen Frieden garantieren sollen, entgegenstehen. Die wissenschaftlichen Studien zum post-konfliktären State-Building sind weitgehend ungeeignet, die Wechselwirkungen zwischen lokalen Herrschaftsstrukturen, staatlichen Institutionen und dem internationalen Umfeld offen zu legen, weil sie sich normativen Prämissen oder der Formulierung von Handlungsanweisungen verpflichten, dadurch aber in ihren Erkenntnismöglichkeiten beschränkt und gegenüber inhärenten, eventuell unauflösbaren Dilemmata blind sind.

In diesem Artikel soll der spezifischen Frage nachgegangen werden, wie die Rolle ehemaliger Kriegsparteien und anderer Machtakteure in Nachkriegsgesellschaften adäquat untersucht werden kann. In der Literatur zur bosnischen Nachkriegssituation finden sich – häufig implizit – zwei grundlegende Sichtweisen zur Rolle der drei antagonistischen nationalistischen Parteien der bosnischen Muslime, Serben und Kroaten, welche die wissenschaftlichen und politischen Debatten zu den Ursachen innerstaatlicher Kriege widerspiegeln (Abschnitt 2). Zum einen handelt es sich um kulturalistische Annahmen, wie sie in Bezug auf BiH in den Kategorisierungen »ethnischer Konflikt« oder »Ethnonationalismus« zum Ausdruck kommen. Trotz fundamentaler Kritik an der Reduktion von Kriegsursachen auf irrationale Faktoren wie

Dritten Welt – Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Vorderer und Mittlerer Orient – liegt mit dem »Hamburger Ansatz« der Kriegsursachenforschung eine solche strukturelle Einbettung kriegsursächlicher Prozesse bereits vor: z.B. Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens: Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.

5 Tatsächlich muss hier präziser von denen der bosnischen Kroaten und der bosnischen Serben gesprochen werden, weil sie es sind, die den Staat durch separatistische Forderungen und die Schaffung parallel-staatlicher Strukturen herausgefordert haben und dies teilweise auch weiterhin versuchen.

aus angeblich unvereinbaren kulturellen Eigenheiten resultierende Feindschaften zwischen Bevölkerungsgruppen oder gar ganzen Kulturkreisen (Huntington) bleibt diese Wahrnehmung auch mit Bezug auf die Motive vom Handeln der Eliten in der Nachkriegssituation einflussreich. Zum anderen üben kriegsökonomische Forschungen Einfluss auf die Bewertung der Rolle der Eliten in Nachkriegsgesellschaften aus. Die verschiedenen Erklärungsstränge der ökonomischen Kriegsforschung haben gemeinsam, dass sie die Rationalität des Handelns von Machttakteuren in den Vordergrund stellen: Während die engere Perspektive rationale Wirtschaftsaktivitäten zur Hauptmotivation erklärt, beziehen komplexere Ansätze neben ökonomischen auch politische Motivationen ein und nennen rationales Machtkalkül als Antriebsfaktor. Beide Ansätze vernachlässigen allerdings die soziale Ebene, indem sie die Beziehungen lokaler Machttakteure zur Bevölkerungsbasis und Fragen der Legitimation ausblenden oder unzulässig reduzieren. Transformationsprozesse, die ehemalige Kriegsparteien unter den Bedingungen internationaler Intervention in der Nachkriegssituation durchlaufen, können so nicht zufriedenstellend erfasst werden.

Deswegen wird in einem zweiten Schritt ein theoretischer Gegenentwurf skizziert, der zur Überwindung dieser Defizite beitragen soll (Abschnitt 3). Hiernach werden die nationalistischen Parteien BiHs⁵ als Gruppen definiert, die zur Sicherung ihres Überlebens drei gesellschaftliche Elementarfunktionen erfüllen müssen: die Sicherung der materiellen Reproduktion, die Gewaltkontrolle und die Gewährleistung einer über Ideen und Weltbilder vermittelten symbolischen Ordnung. Über diesen Ansatz gelingt es, die Komplexität des Phänomens paralleler Ordnungen in seinen verschiedenen Aspekten und deren Wechselwirkungen und gegenseitigen Bedingtheiten zu erfassen und dabei neben der ökonomischen Ebene auch die politische, soziale und ideologische einzubeziehen. Allerdings ist eine solche Betrachtung der nationalistischen Parteien unzulänglich, wenn diese nicht in Bezug zum Staat gesetzt werden (Abschnitt 4). Gerade aus dem Grad der Einbindung in den Staat und den gleichzeitig vorhandenen Brüchen ergeben sich Konsequenzen für das Regieren in einer Nachkriegsgesellschaft. Auch hier sind die Wechselwirkungen und gegenseitigen Bedingtheiten zwischen der staatlichen Durchdringung der Gesellschaft und der Reichweite paralleler Strukturen bei der Analyse von besonderem Interesse.

In ihrem Bestreben, die drei Funktionsvoraussetzungen in den Zeiten der Transformation von Kriegsparteien zu Nachkriegsakteuren zu erfüllen, befinden sich die Akteure in einem Spannungsverhältnis von internen und externen Bedingtheiten: Zum einen müssen sie die Erwartungen ihrer Basis berücksichtigen, zum anderen sind sie aber gerade unter den Bedingungen externen State-Buildings von internationalen Akteuren abhängig (Abschnitt 5). In Nachkriegsgesellschaften, in denen eine massive Intervention von Organisationen der internationalen Gemeinschaft stattfindet, sind die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Gruppierungen Strategien zum Erhalt ihrer Stabilität entwickeln müssen, stark von der Anwesenheit und den Vorgaben der internationalen Akteure geprägt, deren Aktivitäten sich unter dem Stichwort des »liberalen Friedens« an vier miteinander verbundenen Paradigmen internationalen Peacebuildings ausrichten. Selbst die hier nur in aller Kürze mögliche Skizzierung dieser (neo-)liberalen Paradigmen verdeutlicht bereits inhärente Probleme und Dilemmata ihrer Implementation in Bezug auf die staatliche Regierungsfähigkeit, die in einem letzten Schritt anhand dreier Tendenzen vorgestellt und exkursorisch am Beispiel BiHs verdeutlicht werden: der Herausbildung paralleler Strukturen, der Macht der Intermediäre und der Bifurkation der Sicherheitssysteme (Abschnitt 6).

2. Erklärungsansätze für die Rolle von Kriegseliten in Nachkriegsgesellschaften

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und dem Ausbruch der Jugoslawienkriege hielt mit dem Paradigma des »ethnischen Krieges« ein neues Erklärungsmuster für die Ursachen innerstaatlichen Kriegaustrags Einzug in die akademische Debatte. Hatte man zuvor angenommen, innerstaatliche Gewalt in der Dritten Welt habe die Qualität von »Klassenkonflikten« oder von »Stellvertreterkriegen« der konkurrierenden Systeme in Ost und West, galten nun kulturelle Besonderheiten als primärer, während der Zeit des Systemgegensatzes lediglich »eingefrorener« Kriegsgrund. Kulturelle Andersartigkeit und aus ihr erwachsende Feindseligkeiten wurden als irrationaler Motivationsgrund kriegerischer Gewalt gewertet, die Balkankriege zum Beispiel *par excellence* erhoben. Kritiker der These vom »ethnischen Krieg« haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich mit dem Ende des Ost-West-

6 Siegelberg, Jens: Ethnizität als Kriegsursache. Realität oder Mythos? In: Birckenbach, Hanne-Margret / Jäger, Uli / Wellmann, Christian (Hg.): Jahrbuch Frieden 1995. Konflikte – Abrüstung – Friedensarbeit. München: Beck 1994, p. 33.

7 Cf. Elwert, Georg: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trotha, Trutz v. (Hg.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 37). Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, pp. 86-101; Keen, David: The Economic Functions of Violence in Civil Wars. Oxford et al.: Oxford UP 1998 (Adelphi Paper 320).

8 Cf. Duffield, Mark: Globalization, Transborder Trade, and War Economies. In: Berdal, Mats / Malone, David M. (Hg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder, London: Lynne Rienner 2000, pp. 69-89; Reno, William: Shadow States and the Political Economy of Civil Wars. In: Ibid., pp. 43-68.

9 Cf. z.B. Andreas, Peter: The Clan-destine Political Economy of War and Peace in Bosnia. In: International Studies Quarterly 48/1 (2004), pp. 29-51; Berdal / Malone 2000; Bojčić, Vesna / Kaldor, Mary: The »Abnormal« Economy of Bosnia-Herzegovina. In: Schierup, Carl-Ulrik (Hg.): Scramble for the Balkans. Nationalism, Globalism and the Political Economy of Reconstruction. Basingstoke et al.: Macmillan; New York: St. Martin's Press 1999, pp. 92-111; Bougarel, Xavier: Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts. Zwischen Raub und Produktion. In: Jean, François / Rufin, Jean-Christophe (Hg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg: Hamburger Edition 1999, pp. 191-218; Pugh, Michael: Postwar Political Economy in Bosnia and Herzegovina. The Spoils of Peace. In: Global Governance 8 (2002), pp. 467-482; Pugh, Michael / Cooper, Neil: War Economies in a Regional Context. Challenges of Transformation. Boulder, London: Lynne Rienner 2004.

10 Ehrke, Michael: Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie. Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien. In: Internationale Politik und Gesellschaft 2 (2003), pp. 123-154.

11 Ibid., p. 148.

12 Ibid., p. 149.

13 Ibid., p. 138f.

14 Ibid., p. 142.

Gegensatzes nicht die eigentlichen, auch zuvor oftmals verkannten Kriegsursachen, sondern vielmehr die Wahrnehmung kriegerischen Konfliktaustrags sowohl durch die Akteure selbst, als auch durch die Beobachter veränderte. Zwar nehmen auch die Kritiker das Phänomen der Formierung von Konfliktparteien entlang ethnischer oder religiöser Linien wahr, doch sehen sie darin nicht den Kriegsgrund, sondern das »Resultat konfliktzeugender sozialer Entwicklungen und Transformationsprozesse«.⁶ Dennoch ist der Gedanke kultureller Unterschiede als Konfliktgrund – auch unter dem Einfluss der neuen Debatte, um transnationalen Terrorismus – weiterhin einflussreich. In der Literatur zu Nachkriegsbosnien findet er sich vornehmlich in seiner utilitaristischen Variante, d.h. in Form der Politisierung und Instrumentalisierung von Ethnizität durch die Eliten zum Zwecke der Manipulation ihrer Anhänger.

Mit der Kritik an kulturalistischen Erklärungsansätzen fand Mitte der 1990er Jahre ein erneuter Paradigmenwechsel in der Kriegsforschung statt, durch den der »ökonomische Krieg« zum zentralen Erklärungsschema avancierte und der zuvor dominierenden Irrationalität eine strikte Rationalität gegenübergestellt wurde. Es lassen sich dabei zwei Ansätze unterscheiden: Während der radikal-ökonomische Ansatz Krieg zu einer rationalen Wirtschaftstätigkeit nach Profit strebender Eliten und um das Überleben kämpfender marginalisierter Bevölkerungen auf Gewaltmärkten erklärt,⁷ ist Krieg im zweiten Ansatz eine rationale Herrschaftsstrategie im Kontext sich transformierender Herrschaftsformen unter den Bedingungen der ökonomischen Globalisierung. Im Gegensatz zu den radikalökonomischen Theorien des ersten Ansatzes verweisen die Theorien des »network-war« (Duffield) oder des »shadow state« (Reno) auf das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Faktoren.⁸ Trotz aller Verdienste weisen aber auch diese Erklärungsansätze Mängel auf: Durch die Einengung des Blickwinkels auf gesellschaftliche Eliten blenden sie große Teile der Bevölkerung und damit auch die Frage nach der Legitimität von Eliten aus der Analyse aus. Die Beziehung der Eliten zu ihrer Bevölkerungsbasis wird paradoxerweise über die ursprünglich von der ökonomischen Kriegsforschung kritisierte Instrumentalisierungsthese entlang ethnischer oder religiöser Linien hergestellt, die Bevölkerung damit zur manipulierten Masse degradiert. Der Herrschaftsbegriff bleibt verwachsen, die Frage nach der Funktionalität und Institutionalisierung von Machtbeziehungen unbeantwortet.

Die ökonomischen Ansätze finden sich in zahlreichen jüngeren Arbeiten zu BiH und zur Rolle bosnischer »ethnic entrepreneurs«.⁹ In seiner Überprüfung verschiedener kriegsökonomischer Theorien konstatiert bspw. Michael Ehrke für die Nachkriegssituation die Verwandlung der bosnischen Wirtschaft in eine internationale Rentenökonomie, in der die Kriegseliten unter Beibehaltung der ethnischen Trennungslinien die Verteilung der Renten kontrollieren.¹⁰ Das Verhältnis der Eliten zur Bevölkerung und damit letztlich das Wahlverhalten der Bosnier erklärt Ehrke über die rational-ökonomischen Verhaltensmuster »Greed« und »Grievance«: Während die »mafiotische Ökonomie« daran interessiert sei, sich über den Mechanismus der Separation einen »Schutzraum für illegale Wirtschaftsbeziehungen bzw. für die in den Frieden hinübergerettete Konfliktökonomie«¹¹ zu erhalten, sei die Mehrheit der Bevölkerung aus Mangel an legal-ökonomischen Alternativen zur »Einpassung individueller und familiärer Überlebensstrategien in die von den alten Eliten kontrollierte Post-Konflikt-Ökonomie«¹² gezwungen und das Wahlverhalten damit eine Loyalitätsbekundung zu klientelistischen Netzwerken. Der Autor verweist in seinen Ausführungen zwar auf Zwänge, die auf die nationalistischen Eliten einwirken, wenn er konstatiert, dass »[e]in auf ethnischer Gemeinschaft und Solidarität basierendes Gemeinwesen semilegalen oder illegalen Wirtschaftsaktivitäten mehr Spielraum [lässt] als ein legal-bürokratischer Staat mit seinen anonym operierenden Organen«,¹³ wie eine solche ethnisch definierte Herrschaftsbeziehung jedoch von den Eliten über die »Greed and Grievance«-These hinaus aufrecht erhalten wird, wie also das Herrschaftssystem organisiert ist und gegenüber der Basis legitimiert wird, wird nicht thematisiert. Was die kontingente Transformationssituation der ehemaligen Kriegsparteien betrifft, findet sich bei Ehrke der Hinweis darauf, dass »Personen und Gruppierungen, die zwischen internationaler Gemeinschaft und lokaler Bevölkerung vermitteln, in eine strategische Schlüsselposition [geraten]«¹⁴, es ist also anders als im Krieg nicht mehr das Machtmittel der Gewalt bestimmend, sondern politisches Verhandlungsgeschick avanciert zu einer Kernressource der Macht. Die Kontinuität der Herrschaft der nationalistischen Parteien BiHs führt Ehrke größtenteils auf die von der Intervention erzeugte Rentenökonomie zurück, die es ihnen erlaubt habe, ihre Herrschaft über die klientelistische Umverteilung von Renten zu erhalten. Insgesamt bleibt Ehrkes Analyse stark elitenzentriert, indem er die Beziehungen zur Bevölkerung

15 Dabei werden die Eliten als relativ homogene Blöcke dargestellt, was der tatsächlichen Komplexität kaum gerecht wird. Auch im Rahmen dieses Artikels muss aus Gründen des Umfangs auf eine weitere Differenzierung verzichtet werden. Zu Heterogenität und interner Opposition der serbischen Nationalisten BiHs cf.

Caspersen, Nina: Intra-Ethnic Challenges to Nationalist Parties. SDS and Serb Opposition Before, During and After the War. In: <http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudien/NCaspersen.pdf>.

16 Elias, Norbert: Über den Rückzug der Soziologie auf die Gegenwart. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35 (1983), pp. 29-40; Jung, Dietrich: Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung. Münster: Lit 1995, pp. 76-159.

17 Elias 1983, p. 32.

18 Ibid.

19 Pugh, Michael: Protectorates and Spoils of Peace. Political Economy in South-East Europe. In: Jung, Dietrich (Hg.): *Shadow Globalization, Ethnic Conflicts and New Wars. A political economy of intra-state war*. London, New York: Routledge 2003, pp. 47-69.

20 Elias 1983, p. 32.

21 Lock, Peter: From the Economics of War to Economics of Peace. The Dynamics of Shadow Globalisation and the Diffusion of Armed Violence as an Obstacle to Build Peace. In: *Peace and Security* 24 (March 2003), pp. 31-40.

auf die Umverteilung von Ressourcen reduziert. Auch die Kontingenz der Situation, in der sich die nationalistischen Eliten im Transformationsprozess von Kriegsparteien zu politischen Nachkriegsparteien befinden, findet keine adäquate Berücksichtigung in seinen Untersuchungen. Zwar wird der ökonomische Einfluss der Intervention auf lokale Machtstrukturen hervorgehoben, doch zeigt sich die Argumentation wenig differenziert, wenn der Autor zwar auf einen Wandel in den Machtmitteln hinweist, der Bedeutung solcher Transformationen für das interne Herrschaftssystem der nationalistischen Parteien jedoch nicht weiter nachgeht.¹⁵

3. Theoretische Erweiterung: (Ehemalige) Kriegsparteien als soziale Formationen

Die Hauptfrage, um die es bei einer theoretischen und methodischen Annäherung an die Komplexität der Herrschaftsstrukturen in Nachkriegsgesellschaften gehen muss, ist die nach der Erfassung des Gesamtphänomens in seinen ökonomischen, politischen und symbolischen Aspekten, ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen. Dabei muss sowohl dem Prozesscharakter der Transformation von einer auf dem Machtmittel Gewalt basierenden Herrschaft im Kriege zu einer auf politischen Ressourcen wie Verhandlungsgeschick basierenden Nachkriegsform des Herrschaftserhalts Rechnung getragen werden, als auch dem Eingebundensein dieses Prozesses in internationale Zusammenhänge.

Um dies methodisch leisten zu können, soll auf das Konzept der gesellschaftlichen Elementarfunktionen nach Norbert Elias, weiterentwickelt durch Dietrich Jung, zurückgegriffen werden.¹⁶ Nach Elias ist jede Form von Vergesellschaftung durch drei invariante Merkmale gekennzeichnet, »die die einfachsten und die komplexesten Gesellschaften miteinander teilen«¹⁷: die Sicherung der materiellen Reproduktion, die Gewaltkontrolle und die Gewährleistung einer über Ideen und Weltbilder vermittelten symbolischen Ordnung. Bei der Elementarfunktion des Ökonomischen handelt es sich ganz allgemein »um die Funktion der Versorgung der Gruppenmitglieder mit Nahrung, Kleidung, Behausung usw.«¹⁸ Das Erfordernis materieller Reproduktion jeder gesellschaftlichen Gruppierung, die mit dem Staat in Konkurrenz tritt, ist der Grund für die Herausbildung verschiedenster ökonomischer Strategien im Bereich der formellen und der Schattenwirtschaft, also das, was in Kriegszeiten als Kriegsökonomie oder von Michael Pugh für die bosnische Nachkriegsgesellschaft als »Spoils of Peace«¹⁹ bezeichnet wird. Die Strategien, die hierbei von den verschiedenen, häufig konkurrierenden Akteuren verfolgt werden, sind vielfältig: Sie reichen vom Abschöpfen von Renten bis zu Raub, von semi-legalen Verquickungen mit staatlichen Akteuren zum Zwecke des Mittelabflusses bis zu Unterstützungsleistungen aus der Diaspora, von internationalem Schmuggel illegaler Waren bis zu Schwarzmarkthandel auf lokalen Märkten. Dabei scheinen die ökonomischen Reproduktionsstrukturen umso lukrativer und institutionalisierter sein zu müssen, je stärker die parallele Ordnung sich dem Modell eines Quasi-Staates annähert, der staatsähnliche Leistungen wie die Aufrechterhaltung einer zumindest rudimentären Bürokratie erbringen muss, um Stabilität zu generieren.

Die zweite Elementarfunktion, die der Gewaltkontrolle, umfasst sowohl die »Kontrolle gruppeninterner Gewalttätigkeiten« als auch die Kontrolle des »Gewaltgebrauchs im Verkehr der eigenen Gruppe mit anderen«.²⁰ Hier geht es darum, dass selbst im Kriegszustand der Gebrauch physischer Gewalt an Regeln gebunden ist. Im Inneren der parallelen Ordnung wird die Gewalt durch die Institutionalisierung von Macht- und Herrschaftsstrukturen in Bahnen gebracht. Aber auch die Gewaltausübung nach außen, bspw. gegenüber Konkurrenten, dem Staat oder der Bevölkerung, unterliegt bestimmten Regeln. Auch für die Situation ehemaliger Kriegsparteien in Nachkriegsgesellschaften gilt es, interne Herrschaftsregeln zu erhalten oder zu etablieren, die sich den neuen Verhältnissen anpassen. Dabei müssen ehemalige Kriegsparteien, die sich in der Nachkriegsgesellschaft etablieren wollen, erhebliche Transformationsleistungen erbringen, denn der Wegfall offener Gewalt als Machtressource erfordert die Substitution durch andere Machtmittel. Machtkonkurrenzen innerhalb der Parteien, Spaltungen und Parteiaustritte zeugen von dem ständigen Ringen um interne Ordnung. Allerdings ist die Vorstellung einer eindeutigen Trennung von Kriegs- und Friedenszeiten insofern obsolet, als sich die »regulative Gewalt«²¹ der Schattenökonomien auch in die Nachkriegsgesellschaften hinein erstreckt und Gewalt auch dort sichtbar wird, wo sich die alten Eliten die lokalen staatlichen Strukturen zur Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung zu Nutzen machen.

Die Befolgung von Regeln ist wiederum an verinnerlichte Legitimationsmuster gebunden. Dies beschreibt Elias mit der dritten Elementarfunktion, der »Produktion und Wahrung der

22 Elias 1983, p. 33.

23 Endres, Jürgen/Jung, Dietrich: Was legitimiert den Griff zur Gewalt? Unterschiede im Konfliktverhalten islamistischer Organisationen in Ägypten. In: Politische Vierteljahresschrift 39/1 (1998), pp. 91-108.

24 Rabehl, Thomas: Tendenzen des Kriegsgeschehens. Kollektivbewusstsein im kriegerischen Konfliktaustrag. In: Ders. (Hg.): Das Kriegsgeschehen 1997. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung 1998, pp. 5-14.

25 Die Probleme von Vergesellschaftung, Staatsbildung und -zerfall in Bosnien-Herzegowina bzw. Jugoslawien können an dieser Stelle ebenso wenig eingehender ausgeführt werden wie der Einfluss des Krieges auf die staatlichen Institutionen, beide Analysen sind aber Teil des Gesamtprojektes.

26 Hier ist das Beispiel des indischen Nordostens aufschlussreich: Wo die zentralstaatlichen oder regionalen Institutionen nicht in der Lage sind, politische Lösungen für die komplexer werdenden Probleme der nordostindischen Gesellschaften bereitzustellen, drängen die Gewaltordnungen der Rebellen Gruppen in diese Vakuen. Die Reproduktions- und Orientierungsangebote der Rebellen nehmen auf diese Weise quasi-staatliche Funktionen an. Sie tragen jedoch auch zur Verfestigung der institutionellen Unzulänglichkeiten und zur Unterwanderung der staatlichen Strukturen bei und treiben so die Schwächung des indischen Staates voran. Bliesemann de Guevara, Berit: Indiens vergessener Nordosten. Gewalt(-akteure) in Ökonomie und Politik der Seven Sisters-Region. In: Bakonyi, Jutta/Siegelberg, Jens (Hg.): Gewaltordnungen – Ökonomie und Herrschaft jenseits des Staates. (in Vorb., erscheint 2005). Cf. aus einer stärker ökonomischen Perspektive Pugh, Michael: Rubbing Salt into War Wounds. Shadow Economies and Peacebuilding in Bosnia and Kosovo. In: Problems of Post-Communism 51/3 (May/June 2004), pp. 53-60.

Orientierungsmittel einer Gruppe«.²² Es wurde in der qualitativen Kriegsforschung darauf hingewiesen, dass die Betrachtung allein der strukturellen Bedingungen kriegerischer Konflikte als Erklärungsmuster nicht ausreichend ist, weil sie keinen Aufschluss über subjektive Gründe der Akteure für ihr Handeln geben. Über die strukturellen Bedingungen hinaus ist es die Frage nach der Legitimierung physischer Gewaltanwendung, die es konkret zu beantworten gilt.²³ Bei den gemeinsamen Orientierungsmitteln können verschiedenste konstruierte Kollektivunterscheidungen dominieren, neben ethnisch-kulturellen Wir-/Die-Unterscheidungen z.B. Differenzierungen entlang sozioökonomischer, politisch-ideologischer oder religiöser Kategorien.²⁴ Auch in Nachkriegsgesellschaften geht es um die sinnhafte Verarbeitung sich transformierender Reproduktions- und Herrschaftsverhältnisse, wobei verinnerlichten Orientierungsmitteln der Vorzug gegenüber importierten Werten gegeben wird. Neben ideellen Handlungsmotiven spielen auch die in den kriegsökonomischen Theorien betonten ökonomischen Motive häufig eine Rolle für die Unterstützung einer Gruppierung durch die Bevölkerung, eine Reduktion auf das ökonomische Motiv wird der komplexen Realität jedoch nicht gerecht. Es ist die spezifische Mischung aus Interessen und Ideen, die die Bindung zwischen Elite und Basis herstellt und die Legitimationsgrundlage der Herrschaft bildet.

4. Parallele Herrschaftsstrukturen und der Staat

Wie die Wahlergebnisse der letzten neun Jahre zeigen, haben die nationalistischen Parteien in BiH Mechanismen entwickeln können, durch die es ihnen gelungen ist, trotz aller gegen sie gerichteten Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft eine gewisse Dauerhaftigkeit an den Tag zu legen und in vielerlei Hinsicht weiterhin den Kernbezugspunkt der Sicherheits- und politischen Identitäten der Bevölkerung zu bilden. Mit dem oben dargestellten Ansatz ist es möglich, gruppeninterne Strategien bezüglich der drei Elementarfunktionen herauszuarbeiten, ihren prozesshaften Wandel nachzuvollziehen und dadurch Erklärungsfaktoren für die Persistenz, aber auch Probleme der Transformation zu benennen. Allerdings ist das Bild ohne die Einbeziehung der nationalstaatlichen Ebene unvollständig. Machtakteure jenseits des Staates sind von staatlichen Eliten in BiH häufig nur analytisch zu trennen. In der Realität handelt es sich oftmals um dieselben Personen, oder es bestehen zahlreiche Überschneidungen zwischen staatlichen und jenseits des Staates agierenden Akteuren. Allein die Tatsache, dass es sich bei den Vertretern der nationalistischen Parteien um demokratisch gewählte Politiker handelt, macht die analytische Einbeziehung staatlicher Strukturen notwendig. Meldungen über »ethnische Privatisierungen«, d.h. die Wiedervereinnahmung von ehemals sozialistischen Betrieben durch Frontorganisationen der nationalistischen Parteien, oder über die Aufdeckung illegaler Verbindungen zwischen einzelnen Banken und separatistischen Parteien zeugen hingegen von der gleichzeitigen Existenz paralleler Strukturen.

Im Gegensatz zu den zahlreichen Arbeiten zur Nachkriegssituation in BiH, die diese parallelen Strukturen und ihre Strukturmerkmale (Klientelismus, Korruption, etc.) als pathologische Abnormität betrachten, werden sie in dieser Arbeit als Ausdruck der hybriden, von Ungleichzeitigkeiten gekennzeichneten Strukturen der bosnischen Gesellschaft verstanden. Zunächst einmal muss berücksichtigt werden, dass unvollendete Staatlichkeit und aus dem un abgeschlossenen Modernisierungsprozess resultierende gesellschaftliche Verwerfungen originär zur Herausbildung der Kriegsparteien beigetragen haben. Im Krieg selbst fand zudem ein weiterer Verfall staatlicher Institutionen statt.²⁵ In Bezug auf die Nachkriegssituation ist zu untersuchen, inwiefern die aus den Unzulänglichkeiten staatlicher Strukturen herrührenden institutionellen Vakuen die Etablierung der ehemaligen Kriegsparteien fördern, ob und wie parallele Strukturen jenseits des Staates diese Vakuen für sich nutzen, und welche Rückwirkungen eine Quasi-Funktionsübernahme auf die Stabilität staatlicher Strukturen hat.²⁶

Am Beispiel des bosnischen Staates lässt sich zeigen, dass sich die Existenz paralleler Strukturen negativ auf die Regierungsfähigkeit auswirkt: Private Sicherheitskräfte haben in den Jahren nach dem Abkommen von Dayton das staatliche Gewaltmonopol herausgefordert, und schattenökonomische Tätigkeiten haben das staatliche Steuermonopol umgangen und damit die Handlungsfähigkeit des Staates weiter eingeschränkt, woraus wiederum eine Vertiefung der Vakuen staatlicher Leistungen resultiert. Betrachtet man diese kurze Skizze nur einiger der Effekte der Existenz paralleler Strukturen auf den Staat vor dem Hintergrund einer sozialistisch geprägten Gesellschaft, in die der Staat umfassend regulativ eingriff, wird die Dis-

27 Schlichte, Klaus/Wilke, Boris: Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Zur Zukunft des Regierens in der »Dritten Welt«. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2 (2000), pp. 359-384. Die Autoren beziehen sich hierbei auf Bourdieu, Pierre: Die praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1998.

krepanz zwischen den Erwartungen der bosnischen Bürger an ihren Staat und dessen geringem Handlungsspielraum umso deutlicher. Nach einem historisch-soziologischen Staatsverständnis

[...] beruht die Existenz des Staats, das heißt die Geltungskraft der Institutionen, auf einer Inkorporierung seiner Strukturen im Habitus der Akteure, in ihren subjektiven Denk- und Wahrnehmungsschemata: Um als eigengesetzliches Handlungsfeld existieren zu können, muss der Staat »in den Köpfen«, im Habitus der Akteure verankert sein.²⁷

Die Herausbildung eines solchen als eigengesetzliches Handlungsfeld verstandenen Staates ist in BiH jedoch sowohl zu jugoslawischen Zeiten, als auch danach unvollkommen geblieben, und die internationale Intervention trägt in vielfältiger Weise zur Verstetigung der Ungleichzeitigkeit verschiedener Formen politischer Herrschaft bei.

5. Die Rolle internationaler Akteure und Strategien

28 Stuvøy, Kirsti: War Economy and the Social Order of Insurgencies. An Analysis of the Internal Structure of UNITA's War Economy. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Inst. für Politische Wissenschaft, Univ. Hamburg 2002 (Arbeitspapier 3/2002). Am Beispiel der Rebellenorganisation UNITA in Angola bestätigt Stuvøy ihre Hypothese einer Hybridisierung der Organisation durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Logiken und damit ihres Verfalls. Solange das intern operierende patrimoniale System während des Ost-West-Konflikts von außen finanziert wurde, zeigte es sich relativ stabil. Erst mit der Erosion dieser Finanzierungsquelle, dem Einstieg in den internationalen Diamantenhandel und der damit zusammenhängenden rationalen Logik der Ökonomie geriet auch das patrimonial organisierte Herrschaftssystem unter Druck, und die Gruppierung wurde durch Machtkämpfe der Anführer destabilisiert.

Nach Elias konstituiert erst die Gewährleistung aller drei Elementarfunktionen, zwischen denen es zwar funktionale Interdependenzen, jedoch keinen Primat gibt, gesellschaftliche Ordnung und sichert deren Überleben. Die Persistenz ehemaliger Kriegsparteien in der Nachkriegszeit hängt von ihrer Fähigkeit ab, die drei Elementarfunktionen auch unter den Umständen sich wandelnder externer Bedingungen zu erfüllen. In ihrer Arbeit zur Kriegsökonomie konzeptualisiert Kirsti Stuvøy Rebellenbewegungen, d.h. nichtstaatliche Kriegsparteien, als eine Form sozialer Organisation, deren soziale Ordnung heterogene Strukturen aufweist, die nach unterschiedlichen Logiken funktionieren: zum einen die interne Logik, deren Schwerpunkt auf der Organisation und dem Erhalt der Herrschaft im Innern der Gruppierung liegt, und zum anderen die externe Logik, die die Interaktionen zwischen dem intern operierenden Herrschaftssystem und externen Faktoren bestimmt.²⁸ Die Gleichzeitigkeit der unterschiedlichen Logiken führt nach Stuvøy zu einer Hybridisierung der sozialen Ordnung, welche interne Konflikte, ein erhöhtes Maß an Gewaltanwendung im Innern zur Aufrechterhaltung der Ordnung angesichts schwindender Legitimität und den Verfall der Herrschaftsstrukturen hervorruft.

Auch für die Situation der ehemaligen Kriegsparteien in BiH ist die Kategorisierung in interne und externe Zwänge, die nach verschiedenen Logiken wirksam werden und unterschiedliche Strategien erfordern, sinnvoll. Geht man davon aus, dass sich die ideelle Ebene grundsätzlich am langsamsten transformiert, so wird die Verschiedenheit der Interaktionsmuster zwischen der internationalen Gemeinschaft und den bosnischen nationalistischen Parteien einerseits und zwischen diesen Parteien und ihrer jeweiligen Bevölkerungsbasis andererseits besonders virulent. Ein Dilemma kann sich aus den gegenseitigen Bedingtheiten der drei Elementarfunktionen für die Stabilität einer nationalistischen Partei z.B. dann ergeben, wenn es die Erfüllung der Funktion materieller Reproduktion nötig macht, von ehemaligen Kernforderungen abzuweichen, um finanzielle Leistungen von internationalen Organisationen zu erhalten, ein Abrücken von diesen Positionen aber den Rückhalt der Partei in ihrer Bevölkerungsbasis nachhaltig schwächt. Auch in BiH haben die nationalistischen Parteien eine Schwächung ihrer im Krieg aufgebauten, größtenteils extern finanzierten Strukturen erfahren. Neben internen Organisationsproblemen und politischen Veränderungen in den vormaligen Unterstützern waren es die direkten Eingriffe und die neue Abhängigkeit von Geldern der internationalen Gemeinschaft, die als externe Zwänge wirksam wurden.²⁹ Die gegenseitigen Wechselwirkungen der drei Elementarfunktionen unter den Bedingungen der Transformation der ehemaligen Kriegsparteien spiegeln sich in zahlreichen Studien zur Nachkriegssituation in BiH wider, sind aber bisher nicht methodisch erfasst worden.

Die Einführung des oben erarbeiteten Konzepts zur Analyse der ehemaligen Kriegsparteien in der Nachkriegsgesellschaft ist in dieser Hinsicht ebenfalls nutzbar, weil es die Untersuchung und Kategorisierung der Faktoren für eine Transformation der Herrschafts- und Machtstrukturen ermöglicht. Transformationen ergeben sich entweder aus einer inneren Unfähigkeit der Gruppe zur Erfüllung der drei Elementarfunktionen im Übergangsprozess von gewaltbasierter zu politischer Herrschaft und/oder durch externe Einflüsse – im Falle externen State-Buildings also das Einwirken der internationalen Gemeinschaft. Die »Quasi-Protectorate« des Balkans – BiH und der Kosovo – sind in besonderem Maße von internationalen Akteuren ab-

29 Cf. ausführlich European Stability Initiative (ESI): Reshaping International Priorities in Bosnia and Herzegovina. Part Three: The end of the nationalist regimes and the future of the Bosnian state. Arbeitspapier v. 22.03.2001, http://www.esiweb.org/esi_document_id_14.pdf.

30 Cf. auch die Ausführungen in Krastev, Ivan: *The Balkans. Democracy without choices*. In: *Journal of Democracy* 13/3 (July 2002), pp. 39-53.

Cf. weiterführend: Paris, Roland: *Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism*. In: *International Security* 22/2 (Fall 1997), pp. 54-89; Sörensen, Jens Stilloff: *Balkanism and the New Radical Interventionism. A Structural Critique*. In: *International Peacekeeping* 9/1 (Spring 2002), pp. 1-22.

31 Bei Krastev 2002, p. 43 heißt es: »All new democracies are supposed to follow one and the same path.

Democracy is analyzed less as a matter of relations between leaders and led than as a set of institutions whose existence and effectiveness can be measured in concrete ways that are commensurate across cases« sowie auf p. 44: »The transition paradigm tends to think of democracy in terms of its opposite, authoritarianism. [...] The biggest danger for democracy today is not sudden but rather slow death, meaning a gradual process of erosion and delegitimation that destroys democratic regimes even as their surface institutions remain in place....«.

32 Evans, Peter: *The State as Problem and Solution. Predation, Embedded Autonomy, and Structural Change*. In: Haggard, Stephan/Kaufman, Robert R. (Hg.): *The Politics of Economic Adjustment. International Constraints, Distributive Conflicts, and the State*. Princeton: Princeton UP 1992, pp. 139-181.

33 Diese sind in diversen Arbeiten dargelegt worden, cf. stellvertretend Chandler, David: *Bosnia. Faking Democracy After Dayton*. London, Sterling: Pluto Press 2000.

hängig, weil diese in BiH in Form des *Office of the High Representative* (OHR) und im Kosovo durch die *United Nations Mission in Kosovo* (UNMIK) direkte Eingriffsmöglichkeiten in den politischen Prozess besitzen. Äußere Zwänge, die in vielfältigen Formen auf die lokalen Akteure und die sie umgebenden Strukturen einwirken, erfordern eine ständige Anpassung der Strategien von Seiten aller lokalen Eliten. Doch nicht immer findet diese Anpassung auf die gewünschte Weise statt, woran die Strategien der internationalen Akteure nicht unschuldig sind. Die internationale Gemeinschaft handelt nach vorherrschenden ökonomischen und politischen Paradigmen, die sich unter dem Stichwort des »liberalen Friedens« subsumieren lassen. Vier Paradigmen können diesbezüglich für die derzeitige Ausrichtung internationaler Politik gegenüber Nachkriegs- und Entwicklungsländern unterschieden werden:³⁰

1. Das erste ist das »Bad legacies«-Paradigma, das sich aus den bereits angesprochenen historischen und kulturellen Argumentationen speist. Ethnopolitischen Problemen wird Erklärungspriorität zuerkannt, was seinen Ausdruck im Verhalten der internationalen Akteure gegenüber lokalen Eliten findet. Die schwache Institutionalisierung des Staates wird häufig »falschen« – d.h. ethnischen – Eliten zugeschrieben, die für den politischen Prozess verantwortlich seien. Die aus diesem Paradigma erwachsenden Strategien neigen folglich dazu, akteursorientiert zu sein und strukturelle Zusammenhänge zu ignorieren.
2. Das zweite Paradigma ist das der demokratischen Transition. In seinem Rahmen sind Tendenzen festzustellen, die Existenz eines funktionierenden Staates vorauszusetzen, wobei verkannt wird, dass unvollendete staatliche Konsolidierung ein grundlegendes Charakteristikum der betreffenden Staaten ist.³¹ Damit ist – gerade vor dem Hintergrund der weitreichenden staatlichen Durchdringung der Gesellschaft im Sozialismus – oft die Idee verbunden, dass der Rückgang staatlicher Macht gut für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft sei. Peter Evans hat den neoliberalen Ruf nach einem schlanken Staat kritisiert und auf die gegenseitigen Synergieeffekte zwischen Staat und Gesellschaft hingewiesen. Ein schwach institutionalisierter Staat ist deswegen nicht wünschenswert, weil politische Macht eine notwendige Bedingung für seine Funktionserfüllung ist: »Reconstruction, not dismantling, is the order of the day.«³² Welche Rolle dem Staat auch in stärker gesellschaftsbezogenen Ansätzen zum Regieren im internationalen System zukommt, zeigt das Beispiel »Global Governance«: Auch in den politikfeldorientierten Netzwerken aus internationalen Organisationen, Akteuren der Zivilgesellschaft und NGOs spielt die zentrale und vermittelnde Position des Staates eine entscheidende Rolle. Studien zur Demokratisierung in BiH beschäftigen sich häufig mit Fragen der institutionellen Ausgestaltung eines demokratischen bosnischen Staatswesens, wobei der Ausgang von Wahlen als Indikator für die Transition angesehen wird. Nicht selten resultieren diese Arbeiten in Vorschlägen für ein weiteres »Institutional Engineering«, das Konflikte innerhalb der Gesellschaft überwinden soll, ohne diese jedoch zunächst tiefer gehend analysiert zu haben. Und schließlich ist die Umsetzung des Paradigmas der demokratischen Transition nicht zuletzt auch wegen der inhärenten Demokratiedefizite der internationalen Intervention fraglich.³³
3. Das dritte Paradigma ist das Entwicklungs- bzw. Integrationsparadigma. Das auffallende Charakteristikum der Annahmen dieses Ansatzes ist, dass die Lösung politischer Konflikte durch den Gesetzgebungsprozess nicht als abhängig von einheimischem Dialog, sondern als Ergebnis einer von technokratischen Experten bestimmten externen Konditionalität angesehen wird. In diesen Bereich fallen Studien zu internationalem State-Building, die Analysen und Kritik hauptsächlich auf der Ebene der intervenierenden internationalen Akteure suchen und dabei häufig technische Aspekte der Eingriffe in den Mittelpunkt stellen. Diese Arbeiten beleuchten zwar wichtige Problematiken der Organisation externer State-Building-Projekte, ihnen kann aber die Nichtbeachtung der Bedingungen gesellschaftlicher Prozesse im Allgemeinen und der betreffenden Nachkriegsgesellschaften im Speziellen vorgeworfen werden. Gemessen an dem bereits angesprochenen soziologischen Staatsverständnis der Verankerung der Idee des Staates im Habitus der Akteure wird schnell deutlich, dass ein Ansatz externer technokratischer Expertise nicht zur langfristigen Herausbildung eines solchen Habitus führen kann, denn den lokalen Akteuren

34 Cf. Meurs, Wim van: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11 (2003), pp. 34-39.

35 Donais, Timothy/Pickel, Andreas: The International Engineering of a Multiethnic State in Bosnia. Bound to Fail, Yet Likely to Persist. Conference paper prepared for the CPISA Annual Conference, Halifax, June 1 2003. In: <http://www.cpsa-acsp.ca/paper-2003/pickel.pdf>.

36 Cf. z.B. Hibou, Béatrice: Economie politique du discours de la Banque mondiale en Afrique sub-saharienne. Du catéchisme économique au fait (et méfait) missionnaire. Paris: Centre d'Études et de Recherches Internationales 1998 (Étude du CERI 39).

wird jegliche Verantwortung und Rechenschaftspflicht entzogen. Speziell in Bezug auf BiH sowie den Kosovo kommt mit dem Integrationsparadigma die Idee hinzu, dass die Aussicht auf Integration in die Strukturen der EU und die dafür zu erfüllenden Kriterien der Königsweg zur Überwindung interner Probleme – sogar auf der Ebene der Identitätssuche – seien.³⁴ Timothy Donais und Andreas Pickel haben die Paradoxien dieses Ansatzes untersucht und kommen zu dem Schluss, dass der stark polarisierende internationale Diskurs über BiHs europäische Zukunft, der die Bosnier vor die Wahl zwischen Versöhnung, Transition zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie graduelle Integration in die EU einerseits oder ethnischem Nationalismus, wirtschaftlicher Rückständigkeit und einer marginalen Existenz am Rande Europas andererseits stellt, nicht zu einer Stärkung des bosnischen Staates, sondern vielmehr zu einem Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und damit zur Stärkung der nationalistischen Parteien und ihrer Identifikationsangebote beigetragen habe.³⁵

- 4- Schließlich sind als viertes Paradigma der internationalen Strategien die neoliberalen Annahmen über die positiven Wirkungen von Marktliberalisierung und Privatisierung zu nennen. Die Grundidee ist, dass die Marktkräfte zusammen mit ihren internationalen Verfechtern für die weltweite Etablierung des westlichen Modernisierungsstandards und damit für generellen Wohlstand sorgen werden. Die Konzeption des Staates, die dem neoliberalen Paradigma inhärent ist, ist die eines schlanken, auf Minimalfunktionen wie Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit reduzierten Staates, der alle anderen Funktionen dem Markt überlässt. Die Idee eines beschränkten staatlichen Einflusses und staatlicher (Sozial-)Leistungen prägt auch das Verhalten der internationalen Akteure in BiH sowie einen Teil der wissenschaftlichen Literatur. Allerdings hat sich dort wie auch in anderen Weltregionen bereits gezeigt, dass die Auswirkungen der neoliberalen Strukturanpassungen weniger zu einer effektiven Ressourcenallokation als vielmehr zu einem Verlust an staatlicher Kontrolle und zu einer Informalisierung der politischen und ökonomischen Sphären geführt hat, die den Staat – bzw. Versuche seiner (Re-)Institutionalisierung wie in BiH – weiter schwächen.³⁶

6. Das Projekt der internationalen Gemeinschaft, die Transformation politischer Herrschaft und die Regierungsfähigkeit des Staates

Schlichte und Wilke haben drei Transformationen politischer Herrschaft in der Dritten Welt im Zuge der weltweiten Anwendung des (neo-)liberalen Entwicklungsmodells formuliert, die nach ersten Ergebnissen der Analyse auch für die Situation in der bosnischen Nachkriegsgesellschaft Geltung erlangen: die Ausbildung paralleler Strukturen, die Herrschaft der Intermediäre sowie die Bifurkation der physischen und sozialen Sicherheitssysteme.³⁷

Unter den Bedingungen neoliberaler, von außen forcierter Strukturanpassung gewinnen informelle Muster materieller Reproduktion in Kontexten, in denen ökonomische und politische Chancen gekoppelt sind und in denen hybride Vergesellschaftungsmomente eine wichtige Rolle spielen, für politische Akteure an Wichtigkeit. Sie sehen sich auf Grund der schwindenden Rolle des Staates gezwungen, Machtmittel jenseits der Institutionen der formellen Wirtschaft und des Staates zu akkumulieren. Dies fördert die Ausbildung paralleler Strukturen. Anders als bei früheren Entwicklungen in der Zweiten und Dritten Welt, als politische Eliten hauptsächlich versuchten, sich staatlicher Strukturen zu bemächtigen, um ihre Taschen zu füllen und ihre klientelistisch organisierte Herrschaft durch Umverteilung staatlicher Renten zu sichern, liegt es im Interesse der parallelen, von wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen profitierenden Strukturen, den Staat schwach zu halten. Die Symptome der Ausbildung paralleler Strukturen sind überall dort sichtbar, wo Teile der politischen Elite und des administrativen Personals sich zunehmend in illegalen ökonomischen Aktivitäten engagieren. Folge ist ein weiterer Verfall des Staatsapparates – z.B. durch Verluste in den Steuereinnahmen, die sich wiederum negativ auf die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols auswirken können, wenn etwa die Zahlung angemessener Gehälter des Sicherheitspersonals gefährdet ist, aber auch durch die zunehmende Verquickung privater und öffentlicher Interessen der Bediensteten des Staates auf allen Ebenen.³⁸

Studien über BiH reflektieren das Problem paralleler Strukturen, wenn sie konstatieren, dass die Grenze zwischen legalen und illegalen bzw. mafiösen Akteuren in der bosnischen Wirtschaft und Politik kaum klar gezogen werden kann, weil sie nicht nur sehr dünn ist, son-

37 Schlichte, Klaus/Wilke, Boris: Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Zur Zukunft des Regierens in der »Dritten Welt«. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2 (2000), pp. 359-384.

38 Ibid., p. 372ff.

39 Cf. European Stability Initiative (ESI): Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina. Part One: Bosnian power structures, Arbeitspapier vom Oktober 1999. In: http://www.esiweb.org/esi_document_id_4.pdf, p. 4ff.

40 Cf. weiterführend z.B. Donais, Timothy: The Politics of Privatization in Post-Dayton Bosnia. In: *Southeast European Politics* 3/1 (June 2002), pp. 3-19; International Crisis Group (ICG): *Bosnia's Precarious Economy. Still not Open for Business*. Sarajevo, Brussels: International Crisis Group 2001 (Balkans Report 115). In: http://www.icg.org/library/documents/report_archive/A400375_07082001.pdf.

41 Pugh, Michael: Postwar Political Economy in Bosnia and Herzegovina. The Spoils of Peace. In: *Global Governance* 8 (2002), p. 470f. Pugh führt eine Reihe von Beispielen an, welche die hier abstrakt beschriebenen Sachverhalte veranschaulichen.

42 Heinemann-Grüder, Andreas/Pietz, Tobias (mit Shay Duffy): *Turning Soldiers into a Work Force. Demobilization and Reintegration in Post-Dayton Bosnia and Herzegovina*. Bonn: Bonn Intern. Center for Conversion (BICC) 2003 (Brief 27). In: <http://www.bicc.de/publications/briefs/brief27/brief27.pdf>, p. 10.

43 Pugh 2002, p. 472: »Undeclared work, for example, is part of a survival strategy in BiH, because regulated employment is heavily taxed and legitimate earnings and welfare provisions are inadequate even to provide for basic needs.«

44 Schlichte/Wilke 2000, p. 375.

den von den verschiedenen Akteuren auch in vielerlei Weise überschritten wird. In BiH spielen bei der Ausformung paralleler Strukturen das Erbe des Einparteienstaates³⁹ sowie die sukzessive Erosion seiner formalen Strukturen nach dem Krieg eine entscheidende Rolle. In dem unter den Bedingungen des sozialistischen Jugoslawiens herausgebildeten Herrschaftssystem hatte die Partei nicht nur die Kontrolle über die staatlichen Institutionen, sondern auch über alle wichtigen Posten in der Wirtschaft inne. Schlüsselement der Herrschaft war das Nomenklatur-System, das sozialen Aufstieg über die Zugehörigkeit zur Partei regelte: Die Partei besetzte alle wichtigen Posten in Politik und Wirtschaft, kontrollierte Beförderungen und entschied über die Allokation von Privilegien und Pfründen. Die grundlegenden Muster des Systems der Einparteienherrschaft konnten von den nationalistischen Parteien im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens adaptiert und während des Krieges sowie darüber hinaus aufrechterhalten werden, was ihnen eine direkte Kontrolle über den jeweiligen Verwaltungsapparat, das Militär und wirtschaftliche Bestände sicherte.

Die Herausbildung von Nachkriegsstrukturen unter den Bedingungen internationaler Intervention wurde zunächst entlang bewährter oder im Kriege ausgebildeter Netzwerke organisiert, wobei auf die unter Parteikontrolle stehenden sozialistischen Aktiva zurückgegriffen wurde. Erst mit den Zwängen, die sich aus den Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft zur Zerschlagung der alten Strukturen und Einführung der liberalen Marktwirtschaft sowie aus dem steigenden Handlungsspielraum des Hohen Repräsentanten ergaben, stellte sich den ehemaligen Kriegsparteien die Notwendigkeit, alternative ökonomische Strukturen aufzubauen, was auf vielfältige Weise geschah. Als Beispiel können hier die »ethnischen Privatisierungen« genannt werden, durch die die nationalistischen Eliten direkt oder indirekt in den Besitz staatlicher Betriebe gelangten und dabei zusätzlich Gelder abschöpfen konnten.⁴⁰ Der HDZ gelang die ethnische Privatisierung durch die Forcierung des sog. Ko-Kapitalisierungsprozesses, in dessen Zuge das Eigentum auf rechtlich dubiose Weise an kroatische Arbeiter und ein im engen Verhältnis zur Partei stehendes kroatisches Management übergeben und so die Beteiligung von Nicht-Kroaten verhindert wurde. In anderen Privatisierungsfällen waren Vetternwirtschaft und Korruption im Spiel, so im prominenten Fall des Verkaufs des *Holiday Inn* in Sarajevo. Angehörige etablierter Clanstrukturen mächtiger Familien im Lande gehören nicht nur zur politischen Elite, sondern kontrollieren auch »economic empires encompassing hotels, casinos, restaurants, banks, tobacco, forestry, telecommunications, energy, and water companies«.⁴¹

Doch nicht nur auf der Ebene der Eliten ist ein Ausweichen auf parallele Strukturen auf Grund schwindender staatlicher Ressourcen zu konstatieren: Auf den unteren Ebenen zeigt sich wegen fehlender oder unzureichender Einkommensalternativen die Notwendigkeit, neue Kanäle materieller Reproduktion zu schaffen. So konstatiert ein Bericht des *Bonn International Center for Conversion* u.a. einen Anstieg des Waffenschmuggels als Folge unzureichender regulierter Demobilisierung ehemaliger Soldaten im Zuge des Truppenabbaus.⁴² Die neoliberale Strukturanpassung hat nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt, sondern durch weitere Kürzungen und Entlassungen zur Arbeitslosigkeit und steigenden Armutsrate in BiH – vor allem in der Republika Srpska – beigetragen und damit nicht nur kriminelle Aktivitäten, sondern auch die Ausweitung des informellen Sektors gefördert. Für einen Großteil der bosnischen Bevölkerung geht es bei der Einbindung in schattenökonomische Bereiche nicht um Profite, sondern um die Subsistenzsicherung.⁴³ Die Auswirkungen solcher Prozesse auf die gewünschte Staatskonsolidierung liegen auf der Hand: Der informelle Sektor kann zwar soziale Unzufriedenheiten in gewisser Weise abfangen, weil er für Einkommensalternativen auf einem angespannten Arbeitsmarkt sorgt, er zeichnet sich aber gerade dadurch aus, dass er sich der staatlichen Steuererhebung entzieht und weder Einkommenssicherheit noch Arbeitnehmerrechte garantiert. Während Ersteres dazu beiträgt, das Vakuum staatlicher Leistungen auf Grund fehlender Mittel und die schattenwirtschaftliche Situation zu verfestigen, ist Letzteres mit dafür verantwortlich, dass der Staat sich nicht zu einem allgemeinen Bezugspunkt der Regelung gesellschaftlicher Konflikte entwickeln kann. Vor dem Hintergrund mitgeschleppter Erwartungen an einen Staat mit umfangreichem Regelungsanspruch wie im Sozialismus erscheint der derzeitige Mangel an Regierungsfähigkeit umso virulenter und fördert die Suche nach sozialer Sicherheit durch Einbindung in alternative Strukturen. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, Vorleistungen für eine (Re-)Institutionalisierung des Staates zu erbringen: »Die Steuerbereitschaft sinkt, Modernisierung vollzieht sich informell, nichtstaatlich. Ökonomische Flüsse werden dem staatlichen Zugriff entzogen.«⁴⁴

45 Ibid., p. 374ff.

46 Die Differenzierung verschiedener Arten von Kapital geht auf Pierre Bourdieu zurück, der – allerdings in einem anderen Kontext – drei Kapitalsorten unterscheidet: ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital (z.B. schulische Bildung oder kommunikative Kompetenz) und soziales Kapital (z.B. Beziehungen und Kontakte). Cf. Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1996. Cf. zur Adaption des Konzepts für den Wandel der Sozialstruktur einer Nachkriegsgesellschaft: Schlichte, Klaus: Profiteure und Verlierer von Bürgerkriegen. Die soziale Ökonomie der Gewalt. In: Ruf, Werner (Hg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen: Leske & Budrich 2003, pp. 124-143.

47 Cf. Schlichte, Klaus: The President's Dilemma. Problems of State-Building in Uganda. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Inst. für Politische Wissenschaft, Univ. Hamburg 2000 (Arbeitspapier 1/2000).

48 Die mächtigen bosnischen Clans, denen die Intermediäre entstammen, umfassen die Familien Čengić, Čello, Izetbegović, Cerić und Hadžić. Cf. Pugh 2002, p. 470f.

49 European Stability Initiative (ESI): Reshaping International Priorities in Bosnia and Herzegovina. Part Three: The End of the Nationalist Regimes and the Future of the Bosnian State. Arbeitspapier v. 22.03.2001. In: http://www.esiweb.org/esi_document_id_14.pdf, p. 10f.

50 Schlichte/Wilke 2000, p. 376f. Cf. Transparency International Bosnia and Herzegovina: Corruption Perception Study Bosnia and Herzegovina. Banja Luka, Sarajevo: Glas Srpski 2002, p. 144f. In BiH gehört neben den wirtschaftlichen und politischen Eliten das lokale wie externe Personal der internationalen Organisationen zu denen, die sich privatisierte Dienstleistungen leisten können und für Nachfrage sorgen. In dieser Hinsicht hat die Präsenz der internationalen Akteure und die sog. Ökonomie der Intervention zur Bifurkation der Sicherheitssysteme beigetragen.

Der zweite Effekt internationaler Paradigmen auf die Regierungsfähigkeit ist die Macht der Intermediäre, die sich aus eben jenen Prozessen der Ausbildung paralleler Strukturen ergibt:

Weil Ressourcenflüsse jedoch nicht mehr über zentrale Institutionen laufen, kehrt sich der Prozess der ›politischen Enteignung‹ (Weber) um: Nicht in die Hände einer zentral kontrollierten Beamtenschaft gelangt die Verfügungsgewalt, sondern sie wird von Netzwerken partikularer Interessen, die durchaus Grenzen überschreiten, appropriert.⁴⁵

Der Wechsel von formellen zu informellen Strukturen favorisiert einen Akteurstypus, dessen Machtmittel in der Fähigkeit liegt, zwischen globalen Märkten und lokalen Ökonomien sowie zwischen der formellen und der informellen Sphäre zu vermitteln. Ihre Macht beziehen die Intermediäre aus der Beherrschung zweier unterschiedlicher Arten kulturellen und sozialen Kapitals:⁴⁶ Auf der einen Seite sind sie in der Lage, auf globaler Ebene in einer Rhetorik zu kommunizieren, die globalisierte liberale Werte widerspiegelt, wenn es z.B. um Verhandlungen mit Geberländern geht. Auf der anderen Seite besitzen sie aber auch das soziale Kapital für den Zugang zu den lokalen Märkten und sind in der Lage, funktionale und symbolische Legitimation in ihrer lokalen Bevölkerungsbasis, d.h. innerhalb der sozialen Ordnung ihrer Gesellschaft oder Gruppe zu generieren.⁴⁷ Die bereits erwähnten mächtigen Familien Bosniens sind ein beredtes Beispiel solcher Intermediäre.⁴⁸

Die internationale Gemeinschaft spielt keine unbedeutende Rolle für die Positionierung dieser Akteure, die sie teilweise ungeachtet der Verletzung von Regeln unterstützt, wenn sie nur den Ruf eines moderaten Partners erlangt haben. Andererseits hat sich in der Vergangenheit aber auch gezeigt, dass nicht jeder extern gestützte Akteur in der Lage ist, in eine machtvolle Position zu gelangen. Gelingt es ihm nicht, lokale Unterstützung und Legitimation zu generieren und so seine Herrschaftsposition zu etablieren, bleibt solch ein Akteur meist eine Marionette der internationalen Gemeinschaft. In BiH lässt sich die Konkurrenz von alten und neuen Eliten um die Sicherung oder Etablierung ihrer Machtposition in der Nachkriegssituation und die Zwiespältigkeit der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft am Beispiel der Parteien in der Republika Srpska demonstrieren. Die parastaatlichen Strukturen, die die SDS während des Krieges unter der Führung von Radovan Karadžić ausgebildet hatte, zerfielen nach dem Krieg sukzessive im Zuge der Verhaftung von Kriegsverbrechern, der Eindämmung der politischen Rolle ehemaliger paramilitärischer Verbände und paralleler Geheimdienste sowie des Entzugs der Kontrolle über die Medien und über wichtige ökonomische Aktiva durch die SFOR und das OHR. Diese Eingriffe wirkten sich substantiell auf die interne Ordnung der SDS und ihr während des Krieges etabliertes Herrschaftssystem aus und führten zum Auseinanderbrechen in verschiedene Fraktionen und zu einer neuen Notwendigkeit der Konkurrenz serbischer Eliten um Unterstützung sowohl der Bevölkerungsbasis, als auch der internationalen Akteure. Letztere begrenzen in mindestens zweierlei Weise den Handlungsspielraum der Eliten: Zum einen sind sie heute wichtiger Geldgeber für die teilstaatlichen Institutionen der Republika Srpska, nachdem viele ehemalige Finanzierungsquellen versiegt sind. Zum anderen kann auch das Amt eines gewählten serbischen Vertreters vom Wohlwollen des OHR abhängen, wie jüngst die Verhaftungswelle von 68 bosnisch-serbischen Politikern im Juni 2004 gezeigt hat. Seit dem Austritt Biljana Plavšićs aus der geschwächten SDS im Jahre 1997 hat sich die internationale Gemeinschaft in Bosnien zwar für die Stärkung der losen Opposition in der Republika Srpska eingesetzt, dabei aber nicht selten durch das Anlegen doppelter Standards schuldig gemacht. Im Falle der Regierung unter Milorad Dodik, der als pro-westlich, moderat und technokratisch galt, schuf die Protegierung durch die internationalen Akteure Raum für politisches Missmanagement, private Bereicherung und klientelistischen Klüngel. Der Spagat zwischen internationaler Gemeinschaft und lokaler Basis gelang Dodik nicht, was seine Niederlage in den Wahlen von 2000 zeigte. Seine Regierung war nicht in der Lage gewesen, Legitimität in der Bevölkerung zu generieren, womit auch die Anstrengungen der internationalen Akteure letztlich wirkungslos blieben.⁴⁹

Die dritte Auswirkung internationaler Vorgaben ist die Bifurkation der Sicherheitssysteme. Da sich der Staat im Zuge neoliberaler Anpassung als Hauptmotor der Entwicklung zurückzieht, ändert sich auch die Organisation physischer und sozialer Sicherheit. Die Bereitstellung dieser Dienstleistungen findet am oberen Ende des sozialen Spektrums in Form kostenintensiver Privatisierung, am unteren Ende durch Kommunalisierung in Selbsthilfe statt.⁵⁰ Die schlechte Bezahlung des medizinischen Personals hat in BiH einerseits zu dessen Abwande-

51 Transparency International Bosnia and Herzegovina 2002, p. 145ff.

52 Ibid., p. 150ff.

53 Cf. Krastev 2002, p. 46f: »Both individuals and businesses spend vast sums of money on security. They ›insure‹ their cars with mafia-controlled agencies, pay protection money to local gangs, buy electronic alarm systems, and must bribe police officers to get them to do their jobs. [...] Citizens who once suffered from the arbitrary violence of the communist state feel that now their rights are no less threatened by the sheer ineffectiveness and indifference of the weak state.«

54 Zur Lage privatisierter physischer Sicherheitsleistungen muss im Rahmen des Projekts noch recherchiert werden. Wenn sich von anderen Ländern auf BiH schließen lässt, wäre eine wachsende Zahl privater Versicherungs- und Sicherheitsunternehmen zu vermuten, die ihre Dienstleistungen des Schutzes von Eigentum oder Personen verkaufen. Zu prüfen ist dann auch, inwiefern staatliche Sicherheitskräfte aus Polizei und Militär in diese Sicherheitsmärkte involviert sind.

55 Cf. hierzu auch toš, Maria: Crime in transition. The post-communist state, markets and crime. In: *Crime, Law and Social Change* 40/2 (2003), pp. 145-169.

56 Deacon, Bob/Stubbs, Paul: International Actors and Social Policy Development in Bosnia-Herzegovina. Globalism and the ›New Feudalism‹. In: *Journal of European Social Policy* 8/2 (1998), pp. 99-115.

57 Besonders aufschlussreich erweisen sich hier u.a. die Arbeiten von Bougarel, Xavier: Bosnia and Herzegovina – State and Communarianism. In: Dyker, David A./Vejvoda, Ivan (Hg.): *Yugoslavia and After. A Study in Fragmentation, Despair and Rebirth*. London, New York: Longman 1996, pp. 87-115; Schierup, Carl-Ulrik: Memorandum for Modernity? Socialist Modernisers, Retraditionalisation and the Rise of Ethnic Nationalism. In: Ders. (Hg.): *Scramble for the Balkans. Nationalism, Globalism and the Political Economy of Reconstruction*. Basingstoke et al.: Macmillan; New York: St. Martin's Press 1999, pp. 32-61; Schlichte, Klaus: *Why States Decay. A Preliminary Assessment*. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Inst. für Politische Wissenschaft, Univ. Hamburg 1998 (Arbeitspapier 2/1998).

rung aus dem öffentlichen Gesundheitssektor auf den lukrativeren privatisierten Gesundheitsmarkt geführt und andererseits das Korruptionsniveau im öffentlichen Gesundheitssektor gesteigert. Teilweise sind die Gesundheitsinstitutionen auf der Ebene der Kantone und Gemeinden zu einer Doppelbesteuerung der Versicherten übergegangen. Neben der bereits geleisteten Krankenversicherungsabgabe findet unter dem Stichwort »Partizipation« eine direkte Besteuerung statt, die den Gesundheitseinrichtungen die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung ihrer Grundleistungen geben soll.⁵¹ Das Bildungswesen krankt an schlechter Qualität der Ausbildung, Lehrkräften mit unzureichender beruflicher Qualifikation und schlechter oder ausbleibender Bezahlung. Hauptsächlich die höhere Bildung ist hier von Korruption in Form des »Verkaufs« von Noten oder Abschlüssen betroffen.⁵²

Umfragen auf dem Balkan zufolge sehen große Teile der Bevölkerungen die Hauptbedrohung ihrer physischen und sozialen Sicherheit in der Schwäche ihres Staates.⁵³ Lokale Eliten profitieren hiervon und vergrößern das funktionale Vakuum unzureichender staatlicher Strukturen, indem sie private Dienstleistungen physischer⁵⁴ und sozialer Sicherheit verkaufen, statt sich für ihre Bereitstellung als staatliche Leistungen einzusetzen. Die Profiteure entwickeln ein vitales Interesse an der Beibehaltung bestimmter Konflikte und Unsicherheiten in der Gesellschaft, denn diese garantieren ihnen nicht nur eine lukrative Einkommensquelle, sondern auch eine Quelle funktionaler Legitimität gegenüber ihrer Bevölkerungsbasis.⁵⁵ Deacon und Stubbs sprechen für den Fall BiH sogar von einer möglichen Re-Feudalisierung der bosnischen Gesellschaft: »[A] globalism coexists with a kind of ›new feudalism‹ in which the path of mini-state thinking, patron-client relations, and the increasing power of mafia-like elites is as likely to be followed as that of a gradual evolution to liberal democracy and the free market.«⁵⁶

7. Zusammenfassung und Ausblick: Auf den Spuren der Dilemmata externen State-Buildings in Nachkriegsgesellschaften

Die Absicht dieses Artikels lag in der Explizierung einiger theoretischer Überlegungen zur methodischen Untersuchung der Rolle ehemaliger Kriegsparteien in Nachkriegsgesellschaften im Allgemeinen und in BiH im Speziellen im Rahmen eines umfassenderen Ansatzes zur Evaluierung der Auswirkungen und Dilemmata internationaler State-Building-Projekte. Die weitere theoretische Einbettung sowie die Operationalisierung und Anwendung des Theoriekonstrukts konnten dabei nur angedeutet werden. Im weiteren Verlauf der Forschung müssen mehrere Bereiche expliziert werden:

Erstens bedarf es einer stärkeren Einbettung der konkreten Falluntersuchung in die Analyse der historisch-strukturellen Prozesse der Vergesellschaftung, Verstaatlichung und des Staatszerfalls in der untersuchten Region. Dies ist allein deswegen geboten, um dem eingangs formulierten Anspruch gerecht zu werden, eine Alternative zu issue-, gegenwarts- und symptomorientierten Ansätzen zur Evaluierung der Auswirkungen externen State-Buildings auf staatliche und jenseits des Staates formierte Herrschaftsstrukturen zu geben. Für den Fall BiHs ist mit zahlreichen Arbeiten zum sozialistischen Jugoslawien sowie zum jugoslawischen Staatszerfall bereits wertvolle Vorarbeit geleistet.⁵⁷ Auf der Grundlage einer präzisen Beschreibung der spezifischen Formen hybrider Vergesellschaftung, wie sie sich im kommunistischen Raum und insbesondere unter jugoslawischen Bedingungen der Modernisierung herausgebildet haben, kann dann auf die Situation während des Krieges eingegangen werden. Beide Analysen ermöglichen erst eine sinnvolle Basis für die Bewertung nachfolgender Transformationsprozesse von Herrschaftsstrukturen nach dem Kriege und unter externer Einwirkung.

Zweitens müssen die hier präsentierten Überlegungen systematisch auf den Fall BiH angewendet werden. Für die methodische Operationalisierung lassen sich drei Leitfragen formulieren, die in den Bereichen der drei Elementarfunktionen untersucht werden sollen:

1. Wie reproduzieren sich die sozialen Ordnungen der bosnischen nationalistischen Parteien, die sich unter der Herrschaft von Gewaltakteuren herausgebildet haben, im Zuge der Transformation zu Nachkriegsakteuren?
2. Welche Rolle spielen hierbei internationale Akteure und Strategien?
3. Welche Auswirkungen ergeben sich aus den transformierten Herrschaftsstrukturen für die (Re-)Institutionalisierung des Staates?

Bei der Funktion materieller Reproduktion geht es konkret darum, herauszuarbeiten, wie sich die Gruppierungen finanzieren, welche Veränderungen sich in den Finanzierungsstrukturen

58 Für den Fall BiH liegt mit der jüngsten Studie der ESI interessantes Material zur Regierungsfähigkeit vor, das in diesen Artikel nicht mehr eingeflossen ist. Cf. weiterführend: European Stability Initiative (ESI): Governance and Democracy in Bosnia and Herzegovina. Post-industrial Society and the Authoritarian Temptation. Berlin, Sarajevo: European Stability Initiative 2004. In: http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_63.pdf.

59 Schlichte/Wilke 2000, p. 377.

im Übergang von der gewaltgestützten zur Nachkriegsökonomie ergeben haben und mit welchen Strategien versucht wurde und wird, sich der neuen Situation anzupassen. Dabei muss auf die spezifische Rolle der internationalen Akteure und ihrer Strategien eingegangen, also bspw. die Frage beantwortet werden, ob ein spezifisches Instrument der Intervention (z.B. Privatisierung) zu einer Schwächung, Stärkung oder Modifikation der sozialen Reproduktion der Gruppierungen beigetragen hat, wobei auch dem graduellen Wandel der internationalen Strategien im Laufe des State-Building-Projekts Rechnung getragen werden muss. Sind die in diesem Artikel dargestellten Tendenzen zutreffend, wird die Frage nach den Auswirkungen der Formen materieller Reproduktion auf den Staat zu dem Ergebnis führen, dass es zu einer Ausbildung paralleler Strukturen auf allen Ebenen kommt, wie sie oben beschrieben und beispielhaft für Bosnien angedeutet wurden. Auch dies wird am konkreten Fall weiter zu explizieren sein.

Bezüglich der Funktion interner Gewaltkontrolle und Herrschaftsstrukturen muss besonderes Augenmerk auf die Veränderung von Akteurskonstellationen, z.B. den Auf- oder Abstieg bestimmter sozialer Gruppen oder Konkurrenzen alter und/oder neuer Eliten gelegt werden. Auch hier geht es wieder darum, die besondere Rolle internationaler Eingriffe – z.B. Amtsenthebungen durch das OHR oder die Verhaftung von Kriegsverbrechern durch die SFOR – herauszuarbeiten und im Kontext der Gesamtanalyse zu evaluieren. Nach den hier präsentierten Tendenzen müsste sich schließlich bezüglich der Regierungsfähigkeit des Staates der Übergang der Macht auf die sog. Intermediäre feststellen lassen.

Die Elementarfunktion der Orientierungsmittel betrifft wie oben beschrieben die Legitimitätsgrundlage der Herrschaft, die erst Stabilität und Dauerhaftigkeit einer sozialen Ordnung – auch solcher, die jenseits des Staates existieren – ermöglicht. Es gilt hier, die spezifische Mischung aus Ideen (Weltbildern, Ideologien, religiösen Vorstellungen etc.) und Interessen (ökonomischer, sozialer oder politischer Art) herauszuarbeiten, die die Bindung zwischen den Eliten und der Bevölkerung konstituiert. Dabei sollte der Fokus auf der hybriden Situation zwischen externer und interner Logik liegen, die im Abschnitt 5 beschrieben wurde und sich im Falle BiHs z.B. aus der Inkompatibilität nationalistischer Rhetorik mit dem internationalen Diskurs ergibt. Im Bereich der Interessen müssen solche Tendenzen wie die Bifurkation der Sicherheitssysteme und die Rolle des informellen Sektors Berücksichtigung finden. Nach der eingänglichen Kritik an der vernachlässigten sozialen Dimension von Herrschaft durch die kriegsökonomischen Ansätze wäre aber letztlich als Ergebnis der Analyse zu erwarten, dass sich der Erfolg der nationalistischen Parteien in den Wahlen nicht ausschließlich aus der Instrumentalisierung einer marginalisierten Bevölkerung ergibt und dass Probleme der Parteien, die Legitimitätsgrundlage zu reproduzieren, Auswirkungen auf die Stabilität des Herrschaftssystems haben.

Die besondere Herausforderung bei der gesamten Untersuchung liegt darin, den inneren Zusammenhang zwischen den drei Untersuchungskategorien der Ökonomie, der Herrschaft und der Legitimation im Kontext des Spannungsverhältnisses zwischen internen und externen Bedingungen herzustellen und in Bezug zu (Re-)Institutionalisierungschancen des Staates zu setzen.⁵⁸

Ist das externe State-Building in BiH der Anstoß zur (Re-)Institutionalisierung des Staates oder ist es ein Katalysator für die Ausbildung und Vertiefung paralleler Strukturen? Diese im Titel gestellte Frage möchte ich nach den vorläufigen Ergebnissen mit folgender These beantworten: Die Stabilität jenseits des Staates existierender sozialer Formationen ist – und das gilt auch für die nationalistischen Akteure in BiH – von der Erfüllung der drei Elementarfunktionen abhängig. Die externe Intervention führt insofern zur Transformation bosnischer Herrschaftsverhältnisse, als sie die Rahmenbedingungen sozialer Reproduktion von Herrschaft verändert. Statt jedoch zur Institutionalisierung und Konsolidierung staatlicher Strukturen beizutragen, treiben die externen Bedingtheiten die Ausbildung neuer, parallel operierender Strukturen voran und schwächen den Staat damit zusehends. Schlichte und Wilke stellen in ihrem Artikel zur Transformation des Regierens in der Dritten Welt die Frage, ob der »kurzfristige Zerfall [...] sich auch als bloße Rezession in einem langfristigen Prozeß der Formation von Staatlichkeit erweisen [könnte]«. ⁵⁹ Allerdings, so ihr ernüchterndes Fazit, sei nicht erkennbar, auf welcher Grundlage der Staat sich re-institutionalisieren und seine Kompetenzen wieder aneignen sollte. Für BiH scheint das Fazit an diesem Punkt des Forschungsprozesses zwar verfrüht, Grundfragen die (Re-)Institutionalisierung des Staates betreffend sind jedoch auch hier bisher nicht in befriedigender Weise gefunden worden.



Dipl.-Pol. Berit Bliesemann de Guevara, Studium der Politikwissenschaft und Lateinamerika-Studien,
Abschlussarbeit: *Internetseiten von Rebellengruppen in innerstaatlichen Kriegen und bewaffneten
Konflikten*. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik der Helmut-
Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg. Dissertationsprojekt: *Dilemma-
ta internationalen State-Buildings in Nachkriegsgesellschaften am Beispiel Bosnien und Herze-
gowina*. Forschungsschwerpunkte: Ursachen und Verlauf innerstaatlicher Kriege (Kriegs-
ökonomie, Gewaltordnungen), Transformationsprozesse in Entwicklungsländern, Internet
und Politik; zusätzliche regionale Schwerpunkte: Lateinamerika und Indien (Nordosten).
Kontakt: berit.bliesemann@hsu-hamburg.de

